

BREMER RUNDSCHAU



Informationen aus Politik, Stadt und dem Land Bremen

Dezember 2021

Inflation in der BRD bei 5,2 %

DIE INFLATION in der BRD zieht weiter an. Im Oktober stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat bereits um 4,1 Prozent, sie liegen jetzt Anfang Dezember 2021 bei 5,2 Prozent. Das ist der höchste Wert seit 1992.



AUSSCHLAGGEBEND für die Teuerung war abermals die Energie, die sich zum Vorjahresmonat kräftig um 22,1 Prozent verteuerte. Lebens- und Genussmittel waren 4,5 Prozent teurer als vor einem Jahr. In ähnlichem Ausmaß verteuerten sich Industriewaren und Dienstleistungen.

Um einer Entwertung überschüssig produzierter Waren durch Preisverfall oder Vernichtung, wie es nach wie vor im Agrarsektor geschieht, vorzubeugen, ziehen es Monopole vor, einen Teil ihrer Kapazitäten nicht auszulasten.

DIE KOSTEN der nicht ausgelasteten Kapazitäten werden den Kosten der Produkte zugeschlagen, die ohne diese Kapazitäten hergestellt werden. Auch deshalb steigen die Preise. Kraft ihrer Macht eignen sie sich so größere Teile des Volkseinkommens an. Sie untergraben dauerhaft den Angebot-Nachfrage-Preismechanismus. Sie begrenzen ihr Angebot, um die Preise hochzuhalten, was zur Entwertung des Geldes und zu höheren Preisen führt, was wiederum die Reallöhne senkt und die Nachfrage nach Konsumgütern beeinträchtigt.

DIE INFLATION ist eine Methode des Finanzkapitals und des kapitalistischen/imperialistischen Staates zur Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole und zur Deckung der Staatsausgaben [siehe jetzige Geld-Politik der Europäischen Zentralbank]. Zurzeit verliert jeder Bundesbürger im Jahresdurchschnitt 1200 Euro durch die Inflationsrate.

DIE INFLATION verstärkt die Widersprüche des Kapitalismus und kann zu einem Sturz der Währungskurse führen und desorganisiert damit den Außenhandel.

Da die INFLATION, die Arbeitslosigkeit oder Kriege zum Kapitalismus gehören, wie Radioaktivität zu einem AKW, gehört daher der Kapitalismus als ökonomisches System abgeschafft. Das kranke Gesundheitssystem oder das marode Bildungswesen klagen an, dass der Mensch und nicht der Profit an erster Stelle stehen muss.

DAS ABWÄLZEN der Krisenlasten auf die Bevölkerung ist in voll im Gange. Bereits heute stehe für viele Menschen die Frage, ob sie im Winter frieren oder hungern müssen. In dieser Situation will die DKP mit einer Kampagne „ENERGIEPREISSTOPP JETZT!“ von Januar bis Mai 2022 auf die Straße gehen.

Die Kampagne richtet sich gegen die Energiekonzerne, die sich eine goldene Nase verdienen, und gegen eine Regierung, die das fördert und auf der anderen Seite die Werktätigen mit der CO2-Steuer zahlen lässt. Die Kampagne soll Widerstand gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Straße bringen und Menschen ermutigen, sich zu wehren. Sie ist zugleich Teil unseres Kampfes um eine Energiewende und damit zentraler Bestandteil unseres Kampfes um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Forderungen nach einem Energiepreisstopp für Privathaushalte

- a. Preissenkung für Strom- und Heizkosten | b. Verbot von Strom- und Gassperren
- c. Absenkung der Stromsteuer | d. Streichung der unsozialen CO2 Steuer
- e. Haushalte mit ALGII bzw. SGBII- und SGBXII-Bezug, dem künftigen Bürgergeld erhalten einen Energiezuschlag f. Eine Subventionierung der Energiekonzerne durch mögliche Gewinneinbußen ist abzulehnen
- g. Rabatte für Großverbraucher der Industrie werden eingestellt | h. Vergesellschaftung der Energiekonzerne

Impf-Imperialismus

Wie schon die alte, CDU/CSU/SPD Bundesregierung verweigert auch die Ampel-Koalition die Freigabe von Impfpatenten. Zudem haben die EU nur etwa ein Viertel, Deutschland ein Fünftel der zugesagten Impfstoffe an ärmere Länder ausgeliefert. Mehrere afrikanische Länder kritisieren, dass die gelieferten Impfdosen kurz vor dem Ablauf des Haltbarkeitsdatums in ihren Ländern eintröfen. ♦

Klinikschließungen in der Pandemie

Während der brandenburgische Landtag in einer Sondersitzung die epidemische Notlage ausruft und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) dies mit den „vielen Infizierten in Krankenhäusern“ begründet, meldet das „Ärzteblatt“, dass mit dem Geld aus dem staatlichen Krankenhausstrukturfonds (KHSF) 34 Krankenhäuser in Deutschland geschlossen werden beziehungsweise werden sollen. An weiteren 24 Standorten sollen 36 Abteilungen dicht machen. ♦

Kuba: Der Mensch steht hier im Mittelpunkt und nicht der Profit

Es scheint unglaublich, dass die Sieben-Tage-Inzidenz in Kuba Anfang dieser Woche auf 7,7 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner gefallen ist, nachdem sie im August bei fast 10.000 gelegen hatte. Noch Anfang September litt das Land unter dem schwersten Corona-Ausbruch seit Beginn der Pandemie. Am Montag dieser Woche wurden dann nur noch 88 neue Covid-19-Fälle und zwei an oder mit dem Virus verstorbene Patienten gemeldet.

Damit ist ein Land des globalen Südens in der Pandemie-Bekämpfung erfolgreicher als wohlhabende Industrienationen wie Deutschland, Österreich oder die Schweiz, von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. Doch was wie das „Wunder von Kuba“ wirkt, ist nicht das unerklärliche Ergebnis von Magie oder göttlicher Gnade, sondern das einer Gesellschaftsordnung, in der die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit Vorrang vor den finanziellen Interessen einer Minderheit haben. Die Überlegenheit eines Systems, das ein am Gemeinwohl orientiertes und deutlich effizienteres Gesundheitssystem ermöglicht, zeigt sich in der Pandemie auch bei der Verteilung und Wirksamkeit der – trotz verschärfter US-Blockade – im Land entwickelten Impfstoffe. ♦

Die Impf-„Strategie“ Deutschlands Experten

Wir wollen schnell und entschlossen handeln, wenn es notwendig ist“, so Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), „das Fernlicht nutzen und nicht nur auf Sicht fahren“, so Hendrik Wüst (CDU). Die Stellvertreterin Karl Lauterbachs, Sabine Dittmar (SPD), erklärte gegenüber dem „Bayerischen Rundfunk“, was man alles über Impfkapazitäten nicht weiß: Nämlich „wo der liegt, bei welchen Großhändlern, in welchen Kühlschränken, in welchen Lagern“. Nicht nur das. Wie Lauterbach inzwischen dem „Focus“ verraten hat, müsse ebenfalls erst gesichtet werden, welche Bestellungen „aktuell getätigt“ worden seien. Klar ist, dass Impfstoff fehlt. ♦

DKP Bremen

Kontakt: <https://bremen.dkp.de/> und dkp-bremen@gmx.de

v.i.S.d.P. Nils Padberg, Bremen